Es leidet ebenfalls darunter, dass es den alten Sicherungsumweg fordert, der vom Gesetzgeber aufgegeben wurde. Denn es verneint, dass die Direktabrechnung mit der Versicherung eine zulässige Nebenleistung zur Hauptleistung der Vermietung ist, weil das nur von einem Rechtskundigen geleistet werden könne. Denn es gehe um die Frage eines erstattungsfähigen Tarifes, was von einem Autovermieter nicht beurteilt werden könne.

Soweit wir sehen, ist das AG Stuttgart das erste Gericht, das § 4 RDG in die Prüfung einbezieht. Nach § 4 RDG ist eine Rechtsdienstleistung unzulässig, wenn eine Interessenkollision droht. Dazu sagt das Gericht, der Vermieter müsse den Mieter aufklären, wenn der Tarif möglicherweise die erstattungsfähige Höhe überschreitet. (Nur am Rande: Wie soll er das tun, wenn er nach Auffassung des Gerichtes nicht qualifiziert ist, die erstattungsfähige Höhe einzuordnen?) Deshalb könne er nicht unbelastet von eigenen Interessen agieren, was die Rechtsdienstleistung unzulässig mache.

Schaut man in die Gesetzgebungshistorie, hat der Gesetzgeber mit § 4 RDG vor allem die Rechtsschutzversicherer gemeint. Er wollte ver-

hindern, dass derjenige, dessen Hauptleistung die Bezahlung eines Rechtsrates oder einer Rechtsdienstleistung ist, diese selbst erbringt. Deshalb hat der Gesetzgeber nur solche Rechtsdienstleistungen verboten, die einen unmittelbaren Einfluss auf die Erfüllung einer anderen Leistungspflicht haben. Das AG Stuttgart sieht aber bereits den mittelbaren Einfluss auf eine Beratungspflicht als schädlich an. Das geht zu weit.

Zumal § 4 RDG eine weitere Voraussetzung hat, nämlich dass der Einfluss eine ordnungsgemäße Erbringung der Rechtsdienstleistung gefährdet. Das ist hier sicher nicht der Fall. Der vom AG Stuttgart gesehene Interessenkonflikt hindert nicht die konsequente Durchsetzung der Forderung gegenüber der Versicherung.

Das vom AG Stuttgart gesehene Problem liegt auf einer gänzlich anderen Ebene: Allenfalls kann der Vermieter den vom Versicherer nicht erstatteten Mietzinsanteil nicht vom Mieter verlangen. Das liegt aber nicht auf der Ebene der Rechtsdienstleistung, sondern auf der Ebene des Mietvertrages und der Beratungspflicht. Hier sind die Dinge also gründlich durcheinander gekommen.

Der grundsätzliche Anspruch auf den Mietwagen wird immer häufiger in Frage gestellt

In den Urteilen zu den Mietwagenkosten finden sich immer häufiger Passagen, die zeigen: Der Versicherer hatte nicht nur den Tarif angegriffen, sondern das grundsätzliche Recht auf den Mietwagen. Dabei nimmt die Assekuranz sich gerne die Situation in anderen europäischen Ländern zum Vorbild, die dem dortigen Recht folgend den Anspruch auf einen Mietwagen nur zugesteht, wenn er beruflich gebraucht wird. So ist es – soweit ersichtlich – zum Beispiel in Belgien, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Schweden, Spanien und Tschechien. In diesen Ländern gilt der Weg zur Arbeit, wenn keine zumutbaren öffentlichen Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, als ausreichend, um die berufliche Notwendigkeit zu begründen. In Dänemark muss sogar ein unmittelbarer beruflicher Bedarf bestehen, der Arbeitsweg genügt nicht. In Norwegen sind die Dinge im Fluss, mehr und mehr reicht den Gerichten auch eine private Nutzung aus.

Jüngst hatte eine Versicherung vor dem LG Frankfurt/Main den gleichen Weg versucht: Für einen rein privaten Bedarf ohne berufliche Notwendigkeit gebe es keinen Mietwagenanspruch. Damit scheiterte sie jedoch (LG Frankfurt/Main, Urteil vom 21.04.2010 – 2-16 S 9/10).

Im deutschen Schadenrecht gilt nach wie vor: Der Schädiger muss den Zustand herstellen, wie er ohne den Unfall bestanden hat. Ist das eigene Auto unfallbedingt nicht mehr fahrtüchtig, darf die erforderliche Zeit bis zur beendeten Reparatur oder bis zur Ersatzbeschaffung grundsätzlich mit einem Mietwagen überbrückt werden. Das ist ständige BGH – Rechtsprechung, zuletzt im Urteil vom 24.10.2004 – VI ZR 300/03: „Mietwagenkosten gehören regelmäßig zu den Kosten der Schadensbehebung im Sinne des § 249 Satz 2 BGB“.

Das Wörtchen „regelmäßig“ impliziert jedoch immer: Es gibt Ausnahmen. Und die will die Versicherungswirtschaft offenbar weiter fassen, als bisher.

Die bekannteste Ausnahme: Zu geringer Fahrbedarf
Nahezu alle Gerichte sagen: Wenn der Geschädigte nur sehr geringe Fahrstrecken mit dem Mietwagen zurücklegt, ist die Anmietung nicht

erforderlich im Sinne des § 249 BGB, wobei häufig 25 bis 30 Kilometer pro Tag als Untergrenze gelten. Die Logik dahinter: Dann wäre ein Taxi billiger.

Auf den ersten Blick ist da ein Urteil des AG Langenfeld vom 28.4.2010 – 31 C 175/09 erfreulich. Wörtlich:

„Die Beklagte kann sich auch nicht darauf berufen, der Geschädigte habe lediglich mit dem Mietfahrzeug eine geringe Kilometeraufleistung während der Anmietung zurückgelegt. Auch für diesen Fall ist der Geschädigte berechtigt, sich einen Mietwagen zu nehmen, selbst wenn eine geringe Fahrleistung während der Mietzeit durchgeführt wird. Denn die Nutzung eines Taxis stellt im Vergleich zum Mietwagen, gerade auch im Hinblick auf die Flexibilität der Nutzung, eine Einschränkung dar, die selbst bei geringer Fahrleistung nicht hinnehmbar ist.“

Aber da ist große Vorsicht geboten, dieses Urteil steht recht allein auf weiter Flur. Darauf sollte man sich nur zu stützen versuchen, wenn das Kind schon im Brunnen liegt.

Ein Taxi oder Bus und Bahn zu nutzen setzt voraus, dass ein Taxi, Bus oder Bahn auch nutzbar zur Verfügung steht.

Wohnt der Geschädigte abseits mit enger Taktfrequenz verkehrender Busse oder Bahnen und ist auch der nächste leistungsfähige Taxiunternehmer fernab des Geschädigten, sind tägliche Fahrstrecken darunter akzeptabel (AG Arnberg, Urteil vom 27.08.2008 – Az. 3 C 101/08).

Für Einzelfälle mag auch folgender Hinweis nutzen: Die 25 bis 30 km – Regel stammt aus der Zeit vor dem Mietwagenkrieg, also aus einer Zeit deutlich höherer Mietwagentarife. Da lohnt das Rechnen: Die maßgeblichen Taxitarife kann man in der Regel googeln, indem man das Stichwort „Taxi“ und den Namen der Ortes eingibt. Zu beachten ist dabei, dass jede Einzelfahrt mit einem Grundbetrag beginnt („Anfahrt“) und dass es Tages- und Nachtpreise gibt. Verteilt man nun dreißig Kilometer auf mehrere Einzelfahrten und auf den Tages- und

Nachttarif, wobei man sich möglichst eng an den tatsächlichen Fahrbedarf anlehnen muss, ergibt die Musterrechnung einen annähernd realistischen Betrag. Den muss man dann den Mietwagenkosten gegenüberstellen.

Und dabei kann man den Versicherer vielleicht mit seinen eigenen Waffen schlagen: Trägt er einerseits vor, das Taxi wäre billiger gewesen, und bringt er hilfsweise vor, der Mietwagen hätte maximal die berühmten 33 EURO kosten dürfen, ist die Absurdität dieser Argumentation dem Gericht sicher leicht klarzumachen.

Ist der Geschädigte wegen Geh- oder anderweitiger Schwerbehinderung eingeschränkt, steht ihm ein Mietwagen auch bei nur sporadischer Nutzung zu (AG Aachen, Urteil vom 21.01.2010 – 113 C 207/09).

Versicherer wendet ein: Der Geschädigte kann doch zu Hause bleiben

In einem Verfahren vor dem AG Köln, Urteil vom 3.2.2010 – 266 C 197/06, hatte der Versicherer erfolglos eingewandt, der Geschädigte sei Sozialhilfeempfänger. Es ist dem Urteil nicht zu entnehmen, ob er damit meinte, einem Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt stehe ohnehin kein Auto zu. Damit könnte er von vornherein nicht durchkommen, wie ein aktueller Beschluss des hessischen Landessozialgerichtes Darmstadt vom 15.1.2010 – L 6 AS 515/09 B ER zeigt. In dem Verfahren ging es darum, ob die Abwrackprämie auf die Sozialhilfe anzurechnen sei. Das hat das LSG verneint, denn die Abwrackprämie hatte eine klare Zweckbestimmung, die anderenfalls vereitelt würde. Auch das angeschaffte Fahrzeug ist laut Gericht kein zu berücksichtigendes Vermögen, wenn die Angemessenheitsgrenze von 7.500 EURO zuzüglich Freibeträge nicht überschritten wird. Nur am Rande: In der Praxis werden das wohl zumeist Fälle gewesen sein, bei denen der Sozialhilfeempfänger wegen seines prämienerberechtigten Altautos für einen Verwandten als Käufer aufgetreten ist.

Auch wenn der Einwand so zu verstehen war, dass der Geschädigte als Sozialhilfeempfänger ja auch hätte zu Hause bleiben können, greift das nicht durch. Dazu das AG Köln:

„Die Auffassung der Beklagten, dass der Kläger aufgrund des Umstandes, dass er Hilfe nach dem Sozialgesetzbuch erhält, überhaupt nicht berechtigt sein sollte, ein Ersatzfahrzeug anzumieten, ist abzulehnen, da dem Kläger das Recht zusteht, von dem Schädiger seines Fahrzeugs so gestellt zu werden, wie sich seine Lebenssituation vor dem Unfallereignis darstellte; insoweit muss er nicht auf den Standard verzichten, den er sich durch die Anschaffung eines Fahrzeugs geschaffen hat.“

Nicht anders wäre der Versicherer bei dem Parallelfall eines Arbeitslosen oder Rentners abgeschmettert worden.

Das Verletzungsargument

Mietwagenkosten und eine Schmerzensgeldforderung zusammen sind für manche Versicherer offenbar auch eine Steilvorlage: Wer krank geschrieben ist, darf kein Auto fahren, braucht also auch keinen Mietwagen, heißt das Argument.

Die Frage stellt sich von vornherein nicht, wenn das beschädigte Auto von einer Mehrzahl von Personen genutzt wird, was innerhalb

der Familie oder anderweitig gearteten Lebensgemeinschaft eher die Regel als die Ausnahme ist.

Eine automatische Verknüpfung von Krankschreibung und Mietwageninanspruchnahme gibt es aber auch dann nicht, wenn der Geschädigte sein Fahrzeug üblicherweise exklusiv benutzt. Es gibt nämlich einen deutlichen Unterschied zwischen Fahrunfähigkeit und Arbeitsunfähigkeit. Hindert die konkrete Verletzung nicht die erlaubte Teilnahme am Straßenverkehr, schuldet der Schädiger die Mietwagenkosten (LG Erfurt, Urteil vom 3.4.2008 – 3 O 701/05; AG Freiburg, Urteil vom 12.10.2009 – 5 C 0742/09). Hinzu kommt, dass das Auto jedenfalls auf dem Lande nicht selten auch gebraucht wird, um die medizinische und therapeutische Versorgung überhaupt sicher zu stellen. Dann ist die Verletzung geradezu die Ursache für den Fahrbedarf.

Das Zweitwagenargument

Gerne wird auch das Zweitwagenargument genommen: Eine Recherche habe ergeben, dass der Geschädigten einen oder gar mehrere weitere Wagen auf sich zugelassen habe. Der oder die andere(n) Wagen deckten den Fahrbedarf ohne weiteres ab. Da muss man differenzieren: Hat der Geschädigte tatsächlich eine Kollektion von Autos, zwischen denen er frei wählen kann, ist der Mietwagenanspruch möglicherweise nicht gegeben. Jedoch gilt auch dann: Ist der beschädigte Wagen der, der abends den Pferdehänger ziehen soll und der Zweitwagen der kleine Roadster, kann Letzterer den Ersten nicht ersetzen.

Lebensnäher ist, dass der Zweitwagen ein anderen Familienmitgliedern zugeordnetes Fahrzeug ist. Das darf dann auch so bleiben, keinesfalls muss der Geschädigte nun der Ehefrau oder den Kindern das Fahrzeug entziehen, um den Schädiger zu entlasten. Der Anspruch auf den Mietwagen besteht in solchen Fällen (AG Miesbach, Urteil vom 13.8.2009 – 1 C 1077/08).

Es gibt auch Fälle, in denen der auf den Geschädigten zugelassene weitere Wagen dauerhaft einem Dritten zur Verfügung gestellt ist. Auf den Vater zugelassen, wird der Wagen aber regelmäßig vom Sohn genutzt, der schon nicht mehr zu Hause lebt. Dann ist zunächst die Frage zu klären, wer überhaupt der Geschädigte ist. Die Praxis orientiert sich am Eintrag im Fahrzeugschein. Das ist aber nicht richtig. Wer der Geschädigte ist, hängt davon ab, in wessen Eigentum der Wagen steht. Das ergibt sich – am Beispiel von Leasingfahrzeugen leicht nachvollziehbar – nicht aus dem Eintrag in der Zulassungsbescheinigung. Trägt der Vater in dem Beispielsfall auch die Kosten und hat er bei Entscheidungen über den Wagen „das letzte Wort“, ist er der Geschädigte. Dann folgt gerne der Einwand des Versicherers, dem Geschädigten, hier also dem Vater, fehle ja nichts, denn er nutze das Auto ja ohnehin nie. Und hinsichtlich des Sohnes liege ein nicht erstattungspflichtiger Drittschaden vor. Das ist Unsinn, denn es ist allein dem Eigentümer eines Autos überlassen, ob er es dauerhaft einem Dritten zur Verfügung stellt. Das lässt sich auch dem bereits zitierten Urteil des AG Miesbach entnehmen.

Der „Die Kosten sind ja höher als der gefährdete Gewinn“ – Einwand

Insbesondere bei Kleinunternehmern mit speziellen Fahrzeugen ist es oft so, dass die Mietwagenkosten höher sind als der mutmaßlich

entgangene Gewinn. Dann wendet die Assekuranz oft ein: Hätte der Geschädigte sich während der Reparaturzeit auf die faule Haut gelegt, wäre ihm ein Gewinn entgangen, der deutlich niedriger wäre, als die Mietwagenkosten es sind. Also hätte die Schadenminderungspflicht geboten, während der Reparaturdauer die Geschäfte ruhen zu lassen. Der Versicherer hätte sodann den entgangenen Gewinn gezahlt und dabei im Verhältnis zu den Mietwagenkosten viel Geld gespart.

Der BGH hatte bei einem Taxifall schon vor fast zwanzig Jahren die Gelegenheit, Klarheit zu schaffen: Dass ein Unternehmer einen Mietwagen nur dann beanspruchen könne, wenn der bei Einstellung der Arbeit während der Autoausfallzeit drohende entgehende Gewinn größer sei, als die zu erwartenden Mietwagenkosten, hat er dabei ins Reich der Fabel verwiesen. Stattdessen müsse eine Gesamtschau angestellt werden unter Berücksichtigung des Risikos, Kunden, die nicht bedient werden, an die Konkurrenz zu verlieren (Urteil vom 19.03.1993 - VI ZR 20/93; auch AG Erfurt, Urteil vom 05.05.2010 - 11 C 2869/09). So wurde auch einem Getränkehändler nicht zugemutet, die Kunden während des Ausfalls verwaisen lassen kann (AG Miesbach, Urteil vom 01.10.2009 - 1 C 307/09).

Umfangreiche Rechtsprechung gibt es insoweit auch für den unfallbedingten Mietwagensersatz für Fahrschulwagen.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Fahrschule ein berechtigtes Interesse daran hat, einen Wagen exakt des unfallbeschädigten Typs anzumieten. Denn insbesondere den Fahrschülern, die kurz vor der Prüfung stehen, ist eine Umgewöhnung nicht abzuverlangen.

Eine Fahrschule kann die Fahrschüler nicht warten lassen und terminlich verträsten, weil die Abstimmung der Fahrstunden auch auf schulische Verpflichtungen oder Verpflichtungen am Arbeitsplatz Rücksicht nehmen muss. Außerdem haben die Fahrschüler die berechtigte Erwartung, in vorhersehbarer Zeit die Ausbildung abzuschließen (LG Kaiserslautern, Urteil vom 02.07.2008 - 4 O 939/07, LG Saarbrücken, Urteil vom 11.11.2008 - 2 O 216/07, AG Fulda, Urteil vom 19.10.2005 - 35 C 111/05; AG Mannheim, Urteil vom 14.04.2010, Az. 2 C 461/09).

Auch ist eine Umorganisation des Betriebes dergestalt, dass Motorradfahrstunden vorgezogen werden oder vereinbarte Doppelstunden zu Einzelstunden gemacht werden, nicht zumutbar (LG Saarbrücken, Urteil vom 11.11.2008 - 2 O 216/07; AG Fulda, Urteil vom 19.10.2005 - 35 C 111/05; AG Mannheim, Urteil vom 14.04.2010 - 2 C 461/09).

Hinsichtlich des Tarifes gilt: Auf den Schwacke-Mietpreisspiegel oder die Fraunhofer-Erhebung kann nicht zurückgegriffen werden, denn darin sind keine Fahrzeuge mit Fahrschulausrüstung erfasst (AG Fulda, Urteil vom 19.10.2005 - 35 C 111/05; AG Worms, Urteil vom 06.10.2006 - 2 C 81/06). Im Übrigen haben die wenigen

spezialisierten Vermieter regelmäßig nur einen einheitlichen Tarif, gleichgültig, aus welchem Anlass angemietet wird. Somit passt die ganze BGH - Rechtsprechung zum Unfallersatztarif nicht auf den Fahrschulfall (LG Saarbrücken, Urteil vom 11.11.2008 - 2 O 216/07).

Der „Am Wochenende kein Mietwagen für Unternehmer“ – Einwand

Auch der Einwand, gewerblich genutzte Fahrzeuge würden am Wochenende nicht gebraucht, so dass sie nur von Montag bis Freitag gemietet werden dürften, ist den Urteilen mehrfach zu entnehmen. Das trägt die Rechtsprechung aber nicht mit. Einsätze an Sonntagen, wenn akute Schäden zu beseitigen sind, sind bei Handwerkern nie auszuschließen. Heizungsbauer, Elektriker, Dachdecker, Schlüsseldienste und viele andere kennen solche Notfalleinsätze auch am Wochenende. Und solche Spontaneinsätze sind regelmäßig nicht im Voraus planbar (AG Leipzig, Urteil vom 3.3.2010 - 113 C 2323/09). Manche Betriebe sind am Wochenende planmäßig im Einsatz, was zum Beispiel für Cateringdienstleister, Eventveranstalter und ähnliche Firmen zutrifft. Eine generelle Regel aufstellen zu wollen, dass einem Selbständigen ein Mietwagen nur an Werktagen zustehe, ist schlichtweg absurd.

Ein weiterer Aspekt. In den meisten Betrieben beginnt die Arbeit an Werktagen bereits sehr früh, und das Auto wird dann gebraucht. Es ist unzumutbar, den Mietwagen zuvor zu beschaffen, wenn das entspannt und in Ruhe auch am Samstag oder Sonntag geht (AG Bautzen, Urteil vom 29.4.2010 - 21 C 978/09).

Der „Mietwagen nach Nutzungsausfallentschädigung geht nicht“ – Einwand

Manchmal behilft sich der Geschädigte nach dem Unfall zunächst ohne Mietwagen und beansprucht für den Zeitraum Nutzungsausfallentschädigung. Wenn er dann doch noch einen Mietwagen nimmt, behaupten manche Versicherer: Wer anfangs ohne Auto auskam, braucht keins. Das verkennt völlig das wahre Leben. Es ist zum Beispiel nicht ungewöhnlich, dass jemand ein paar Tage frei hat und dann wieder zur Arbeit muss. Ebenso ist es nachvollziehbar, dass der Geschädigte von einer schnelleren Reparatur oder Ersatzbeschaffung ausging und dann bei Verzögerungen doch noch den Mietwagen braucht. Genau genommen muss der Geschädigte überhaupt nicht begründen (sollte es im Prozess aber dennoch tun), warum er erst ohne Mietwagen auskam und dann nicht mehr. Denn das liegt in seiner Dispositionsfreiheit. Es ist zulässig, zwischen der Geltendmachung von Nutzungsausfallentschädigung und der Inanspruchnahme eines Mietwagens zu wechseln (AG Minden, Urteil vom 23.3.2010 - 19 C 127/09).

Impressum

Herausgeber und Selbstverlag

Bundesverband der Autovermieter Deutschlands e.V.

Obentrautstraße 16
10963 Berlin

Tel.: 030-25898945
Fax: 030-25898999
E-Mail: info@bav.de
Internet: www.bav.de

VR 29028B AG Berlin-Charlottenburg
ISSN: 1869-6031

Redaktion

Michael Brabec
Obentrautstraße 16
10963 Berlin

Anzeigenleitung

Doris Kucklick
Obentrautstraße 16
10963 Berlin

Erscheinungsweise

Vierteljährlich, ca. 20 Seiten
Auflage: 3500

Bezugspreis: 30 Euro netto pro Jahr ohne Versandkosten.

Zu bestellen für ein Jahr, verlängert sich automatisch, wenn nicht mit einer Frist von 3 Monaten zum Jahresende gekündigt wird.

Manuskripte: Beiträge können nur angenommen werden, wenn sie exklusiv und kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die Annahme wird schriftlich deutlich gemacht. Mit der Annahme von Beiträgen gehen die Rechte der Veröffentlichung ausschließlich an den Herausgeber über, eingeschlossen die Einstellung in Datenbanken sowie zur Vervielfältigung.

Hinweise: Nachdruck und jede Form der Wiedergabe auch in anderen Medien nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Herausgeber. Trotz der Erstellung nach bestem Wissen müssen aufgrund der Komplexität der Themen Haftung und Gewähr ausgeschlossen werden.